

Erneute Diskussion um eine gemeinsame Gewerkschaftszeitung.

Nichts Neues

Der Vorschlag des Walliser SP-Nationalrats Bodenmann, erneut die Idee einer gemeinsamen linken Tageszeitung zu prüfen, hat den Diskussionen über die Gestaltung der Gewerkschaftszeitungen - in diesem Falle des „ÖD“ - erneut Auftrieb gegeben. Ein Antrag der Sektion Bern/Bundespersonal wollte eine einheitliche Zeitung aller Gewerkschaften verwirklicht wissen. Die Verbandsleitung widersetzte sich diesem Antrag, weil er völlig unrealistisch sei. Walter Renschler führte aus, dass er sich im Namen des VPOD schon vor Jahren erfolglos für eine derartige Lösung (die die SJU damals vorschlug) bei den anderen Gewerkschaften eingesetzt hatte. Auch heute hat sich die Haltung der meisten anderen Verbänden nicht geändert. Renschler plädierte für ein realistisches Zusammengehen, indem vermehrt gemeinsame Seiten produziert und ausgetauscht werden.

ÖD-Redaktorin Christine Valentin meinte, auch sie wünsche sich manchmal eine gemeinsame Zeitung, sie wisse aber, dass das unrealistisch sei. Die Antragsteller ihrerseits glaubten, man solle nicht zum vornherein an die Unmöglichkeit eines derartigen Vorhabens glauben, sondern es immer und immer wieder probieren, denn es würden viele Argumente dafür sprechen. Die Linke befinde sich in der heutigen vollkommerzialisierten Medienlandschaft in einer hoffnungslosen Situation, die sich natürlich auch politisch auswirke. Das könne man auf die Dauer doch nicht einfach hinnehmen. Trotzdem entschied sich der Verbandstag, wenigstens vorläufig keinen neuen Vorstoss zu unternehmen.

Der öffentliche Dienst, 1988-07-01.

Gewerkschaftspresse > Bodenmann Peter. OeD 1988-07-01.doc.